

L1 Vor Ort ganz Bayern verändern - Kommunen stärken, Zukunft gerecht & ökologisch gestalten!

Gremium: Landesvorstand der GRÜNEN JUGEND Bayern

Beschlussdatum: 23.04.2025

Tagesordnungspunkt: TOP 5 Politische Lage

1 Vor Ort ganz Bayern verändern - Kommunen stärken, Zukunft gerecht &
2 ökologisch gestalten!

3
4 Unsere Städte, unsere Dörfer, unsere direktes Lebensumfeld! Kommunalpolitik ist
5 Politik für unser Zuhause. Wo wir leben, prägt uns. Und nirgendwo sind die Hebel
6 für Veränderung greifbarer als hier, direkt vor Ort! Also lasst uns unsere
7 Zukunft selbst in die Hand nehmen. In Bündnissen, auf der Straße, im Grünen
8 Kreisverband und im Kommunalparlament. Veränderung beginnt mit uns!

9
10 Eine Politik, die Kommunen kaputtspart, sie der Klimakrise überlässt, von weißen
11 Männern für weiße Männer gemacht ist, schließt immer mehr Menschen vom Alltag
12 unserer Gemeinschaft aus. Das machen wir nicht mit! Wir erstreiten Mehrheiten
13 für Klimaschutz, weil die Erderwärmung schon jetzt bei uns spürbar ist und nicht
14 weitergehen darf. Wir kämpfen für bezahlbares Wohnen und guten ÖPNV, weil alle
15 davon profitieren. Wir kämpfen für lebenswerte Innenstädte, konsumfreie Räume,
16 vielfältige Kulturangebote und gegen all jene, die Menschenverachtung in unsere
17 Gesellschaft tragen. Kommunalpolitik von links ist eine Machtfrage um die
18 Zukunft. Und wir werden sie beantworten! Denn wir wollen grüne Städte und
19 angebundene Dörfer. Wir wollen eine gute Zukunft, ab jetzt!

20
21 So vielfältig wie unsere Gesellschaft ist, sind es auch unsere Kommunen und so
22 auch unsere Themen für die Kommunalwahl 2026. Mit diesem Antrag legen wir unsere
23 Grundsätze für eine starke, linke und vielfältige Kommunalpolitik in ganz
24 Bayern. Für heute, für morgen, für alle!

25
26
27 Lebenswerte Kommunen für Menschen statt graue Asphaltwüste für Autos!

28
29 Unsere Innenstädte müssen wieder Orte zum Leben sein. Statt versiegelten
30 Betonwüsten brauchen wir in immer heißer werdenden Städten und Dörfern kühlende
31 Maßnahmen. Dafür wollen wir in allen Kommunen einen Hitzeschutzplan, um sich dem
32 Klimawandel anzupassen. Dazu fordern wir innovative Begrünungskonzepte wie
33 Fassadenbegrünung an öffentlichen Gebäuden, Sonnenschutz durch Rankenpflanzen
34 und Bäume, die Menschen Schatten spenden. Grünflächen direkt vor der eigenen
35 Haustüre dienen als natürliche Klimaanlage in Hitzesommern und Lebensraum für
36 Insekten. Weil Hitzeschutz auch eine soziale Frage ist, brauchen wir
37 Sitzmöglichkeiten im Schatten und kostenfreie Trinkwasserbrunnen in der Nähe für
38 alle, die sich keinen Balkon oder klimatisiertes Homeoffices leisten können. Die
39 Kommunen sollen ihre lebenswerte Natur erhalten, indem sie geeignete Maßnahmen
40 gegen die unnötige Versiegelung von Flächen bei Neuzubauten treffen. Darüber
41 hinausreichende Flächenentsiegelung, Speichern von Wasser und die Neupflanzung
42 von Bäumen - Schwammstädte bringen unsere Städte beim Klimaschutz, der
43 Klimaanpassung und dem Schutz von Extremwetterereignissen voran und gehören
44 deswegen zu einer zukunftsfähigen Kommune. Gesundheit darf nicht am Wohnort oder
45 Geldbeutel scheitern. Gerade in ländlichen Regionen, aber auch in Städten merken

46 wir den Mangel an gesundheitlicher Versorgung. Wir wollen in unsere Städten und
47 Dörfern die medizinische Versorgung für alle garantieren vom
48 Schwangerschaftsabbruch, Suchtberatung bis zum Fachärzt*innentermin. Denn eine
49 barrierefreie, feministische und nahe Gesundheitsversorgung ist ein Grundrecht!

50

51

52 Wohnen muss ein Grundrecht sein, kein Luxus!

53

54 Die Mieten explodieren, während Löhne stagnieren – und immer mehr Menschen
55 können sich das Leben in der Stadt, aber auch zunehmend auf dem Dorf nicht mehr
56 leisten. Besonders Auszubildende und Studierende müssen einen enorm hohen
57 Prozentsatz ihres niedrigen Einkommens für ein Dach überm Kopf ausgeben. Wir
58 setzen uns deshalb für die Schaffung sozialen Wohnraums, gemeinschaftliches
59 Wohnen, Mietendeckel und die Förderung des genossenschaftlichen Wohnens ein. Die
60 Kommunen müssen endlich wieder mehr Wohnraum selbst verwalten, statt ihn
61 privaten Investor*innen zu überlassen. Stadtentwicklung darf sich nicht nur nach
62 den Interessen der Immobilienlobby richten, sondern muss das Wohl aller im Blick
63 haben! Leerstand und Spekulation müssen konsequent und schnellstmöglich beendet
64 werden, denn Wohnraum gehört denen, die ihn brauchen – nicht denjenigen, die
65 damit Profite machen wollen.

66

67 Unsere Antwort auf Wohnraumangel darf nicht Betonwüste heißen! Der Flächenfraß
68 nimmt uns und nächsten Generationen Grünflächen, Begegnungsorte und Ruheplätze.
69 Statt immer neuem Bauen in der Fläche fördern wir innovative Sanierungen, den
70 Bau in die Höhe und die klimafreundliche Neuverwendung von ungenutzten Bauten.
71 Außerdem schützen wir Wohnungen vor starker Hitze im Sommer, sorgen für
72 energetische Sanierungen und setzen damit ein klares Zeichen Richtung
73 Klimaneutralität im Gebäudesektor.

74

75

76 Mobilität für alle - auch im letzten Kaff!

77

78 Mobilität ist eines der wichtigsten Grundbedürfnisse der Menschen in der unserer
79 heutigen Gesellschaft und gerade auch junger Menschen. Dennoch sind noch immer
80 viele Menschen ausgeschlossen, weil der Bus nur einmal am Tag fährt, das
81 Tagesticket mehr kostet als Sprit für eine Woche und Radfahren in der Innenstadt
82 lebensgefährlich ist. Mobilität muss klimafreundlich, geschlechtergerecht und
83 für alle zugänglich sein. Denn der Verkehrssektor ist einer der größten
84 Klimakiller in Deutschland und noch immer von Männern für Männer konzipiert. Wer
85 kein Auto hat oder keine Fahrerlaubnis hat, wird vor allem auf dem Land immer
86 noch abgehängt. Gute Mobilität bedeutet für uns echte Wahlfreiheit des
87 Verkehrsmittels, eine sichere Fahrrad- und Fußgänger*innen Infrastruktur und
88 zuverlässigen sowie günstigen ÖPNV für alle. Trotz des Deutschlandtickets können
89 sich viele die hohen Kosten für den ÖPNV nicht leisten und auf dem Land fährt an
90 vielen Orten nur der Schulbus. Wir setzen uns für ein kostenloses Ticket für
91 Schüler*innen, Azubis und Studierende ein, denn gerade sie sind in ihrem Alltag
92 auf Mobilität angewiesen. Außerdem fordern wir eine Mobilitätsgarantie in Bayern
93 mit einer mindestens stündlichen Bus-, Bahn- oder Rufbusverbindung von 5 bis 24
94 Uhr in jedem Dorf. In den Städten müssen die Bus- und Straßenbahnangebote
95 ausgebaut werden und damit mensch auch dorthin kommt, braucht es verbesserte
96 Bahnanbindungen fürs Land und gut getaktete Pendler*innenbusse. Gerade für junge

97 Menschen fordern wir den Ausbau von Nachtbuslinien, um auch ohne Auto nachts
98 sicher nach Hause zu kommen. Damit die Kommunen sich das alles leisten können,
99 muss die bayerische Staatsregierung aus CSU und Freien Wählern die ÖPNV-
100 Zuschüsse verdoppeln.

101

102 Wichtig für klimafreundliche Mobilität ist auch eine sichere und gut ausgebaute
103 Radinfrastruktur. In ganz Bayern sollte es ein Netz durchgängiger, bequemer,
104 sicherer und im Winter eisfreier Radwege geben, auf denen mensch auch auf dem
105 Land schnell von A nach B kommt. Und in den Städten muss endlich
106 Flächengerechtigkeit geschaffen werden: Verkehrsraum muss von den Autos auf den
107 Radverkehr umverteilt und in den Innenstädten weitere Straßen verkehrsberuhigt
108 gestaltet werden, damit Radwege breit genug, durchgängig und gut nutzbar werden,
109 sodass auch die Verkehrssicherheit erhöht wird. Gleiches gilt auch für den
110 Fußverkehr: sichere Überwege und barrierefreie, breite Gehwege müssen Standard
111 werden. Unser Ziel ist es, dass kein Mensch mehr im Straßenverkehr ums Leben
112 kommt!

113

114

115 Mitmischen statt andere entscheiden lassen!

116

117 Junge Menschen wollen über ihr direktes Lebensumfeld mitreden, mitgestalten und
118 mitentscheiden! Doch wenn das Kommunalparlament ein Durchschnittsalter wie der
119 Bingoabend im Altersheim hat, dann wird der Sanierungsstau, der Kampf gegen die
120 Klimakrise und Digitalisierung von Schulen hinten angestellt. Darum ist für uns
121 klar, dass junge Menschen mitmischen müssen - im Kommunalparlament, durch
122 Jugendbeteiligungsprojekte und durch Teilhabe am Stadtleben. Wir wollen mit
123 genügend Befugnissen ausgestattete Jugendparlamente, Beteiligungsforen für junge
124 Menschen oder Jugendumfragen in allen Kommunen, damit Entscheidungen von und für
125 alle Bürger*innen verbindlich getroffen werden. Haushaltsverhandlungen dürfen
126 nicht in Hinterzimmern geführt werden, Sitzungsunterlagen nicht hinter 20 Klicks
127 versteckt werden und kommunale Daten einigen Wenigen vorenthalten sein. Gerade
128 auf lokaler Ebene können wir durch mehr Transparenz wie offene
129 Sitzungsunterlagen und Livestreams von Sitzungen die Beteiligung an Demokratie
130 stärken. Wir wollen es allen Bürger*innen der Kommunen erleichtern, über die
131 Verwendung von Geldern durch eigene Bürger*innenhaushalte mitzuentcheiden.
132 Öffentliche Gelder sollen in die Projekte fließen, die sich Menschen konkret vor
133 ihrer Haustür wünschen statt in Straßenneubauprojekte, von denen nur private
134 Investor*innen profitieren.

135

136 Dazu gehört auch ein angemessenes Genderbudgeting, das alle Geschlechter
137 mitdenkt und finanzielle Mittel gerecht verteilt. Vor allem marginalisierte
138 Gruppe sind in politischen Entscheidungsgremien unterrepräsentiert, da die
139 Abläufe in Kommunalparlamenten nicht mit ihrem Leben zusammenpassen. Wir sorgen
140 für inklusive Strukturen, angemessenen Sitzungszeiten und flexible Formate, um
141 diese Gremien zukunftstauglich zu machen. Unser Ziel ist es Menschen mit Care-
142 Verantwortung, mit Behinderung, mit Behinderung sowie FINTA*-Personen, queere
143 Menschen und Arbeiter*innen in Räte zu bringen, damit alle gesellschaftlichen
144 Gruppen auch eine starke Stimme im Parlament vor Ort haben. Krankenhäuser,
145 Energieversorgung, Verkehrsbetriebe und Wohnraum - das ist kein Spielplatz für
146 private Profite, sondern Grundversorgung und die gehört in die Hand der
147 Bürger*innen - darum stellen wir uns gegen Privatisierung dieser Bereiche und

148 stattdessen für demokratische Mitbestimmung aller Menschen, die von dieser
149 abhängig sind!

150

151

152 Voller Energie Richtung Klimaneutralität!

153

154 Kommunen können mit ihren Investitionsentscheidungen einen wichtigen Beitrag zu
155 einer nachhaltigen und klimaneutralen Zukunft leisten. Dafür muss
156 Umweltverträglichkeit, Langlebigkeit, Recyclingfähigkeit und Energieeffizienz
157 direkt bei der Beschaffung mitgedacht werden. Direkt vor Ort rückt die
158 Energiewende durch innovative Konzepte wie Fernwärmenetze, Solarförderung und
159 Bürger*innenenergiegenossenschaften in direkte Reichweite. Damit die
160 Wärmeversorgung bis 2035 klimaneutral wird, braucht es eine kommunale
161 Wärmeplanung, die allen Menschen und den Energiebetrieben Planungssicherheit
162 gibt. Wir sanieren deshalb kommunale Gebäude energetisch, steigen
163 schnellstmöglich aus fossilen Energien bei der Wärmeversorgung aus und
164 verpflichten private Haushalte, sich an vorhandene Nah- und Fernwärmenetze
165 anzuschließen. Das entlastet den Geldbeutel und rettet die Zukunft der nächsten
166 Generationen!

167

168 Renaturierung von Bächen, Mooren und weiteren Biotopen sind ein wichtiges
169 Mittel, um unsere Natur weiterhin lebensfähig und unsere Heimatorte auch für
170 folgende Generationen grün zu halten! Natur-, Arten- und Tierschutz gehört zu
171 unserem täglichen Leben und muss deswegen bei allen Projekten mitgedacht werden.
172 Naturerfahrungsräume können dabei auf dem Schulhof, im Innenhof des Wohngebäudes
173 und vor dem Fabrikgelände diesen Zugang erleichtern und verschönern unsere
174 Kommunen!

175

176

177 Bildung ein Leben lang!

178

179 Vom Kindergarten über die Schule, den Ausbildungsbetrieb, die Universität und
180 den Abendkurs in der Volkshochschule - Bildung zieht sich durch unser gesamtes
181 Leben und damit auch durch den Alltag in unseren Kommunen. Wir wollen, dass alle
182 Kinder unabhängig von ihrer sozialen Herkunft von Beginn an eine chancengerechte
183 Bildung erhalten. Dafür schaffen wir ausreichend und kostenfreie Plätze in den
184 Kinderkrippen sowie Kindergärten und -tagesstätten und sichern damit die
185 Teilhabe für alle Kinder ab dem ersten Moment. Wir wollen diese Einrichtungen
186 als attraktive Arbeitsplätze stärken, indem wir die Ausstattung verbessern und
187 Verwaltungsaufgaben an zusätzliches Personal auslagern, damit Pädagog*innen sich
188 um Kinder statt Aktenberge kümmern können.

189

190 Der Anspruch auf Ganztagsbetreuung ab Herbst 2026 gibt Schulen die Möglichkeit,
191 sich noch mehr mit außerschulischen Partner*innen wie lokalen Sportvereinen,
192 Hilfsorganisationen oder sozialen Einrichtungen zu vernetzen und dadurch den
193 Kindern vielfältige Angebote für gesellschaftliches Engagement und
194 Freizeittätigkeiten aufzuzeigen statt nur einer verlängerten
195 Hausaufgabenbetreuung. Außerdem wollen wir multiprofessionelle Teams aus
196 Sozialpädagog*innen, Therapeut*innen und Schulbegleiter*innen stärken, die
197 Lehrkräfte bei ihrer Arbeit unterstützen und Kindern auf ihren Weg durch den
198 Schulalltag beispielsweise mit psychologischer Betreuung unterstützen. Statt

199 stinkenden Schultoiletten, Overheadprojektoren und Büchern aus den 90ern wollen
200 wir einen Raum schaffen, an den sich Schüler*innen gerne aufhalten, sich durch
201 digitalisierte Lernmaterialien auf ihren späteren Berufsalltag vorbereiten und
202 über die Gestaltung ihrer Schule mitentscheiden können.

203

204 Volkshochschulen leisten wichtige sozial- und integrationspolitische Aufgaben,
205 um Menschen einen Raum zum lebenslangen Lernen zu geben. Ob das Lernen von
206 anderen Sprachen, gemeinsames Kochen oder Integrationskurse - die Angebote
207 bereichern das Leben von Menschen ganz konkret. Daher schützen wir diese
208 Bildungsorte vor Kürzungen und bauen Angebote sowie Finanzierung aus, damit noch
209 mehr Menschen profitieren können!

210

211

212 Starke Finanzen und nachhaltige Wirtschaft für unsere Kommunen!

213

214 Kommunalpolitik hat zukunftsfähige Konzepte, Pläne auf dem Weg zur
215 Klimaneutralität und Sozialprojekte für Menschen in Städten sowie Dörfern.
216 Häufig aber fehlt es an finanziellen Mitteln für die Umsetzung. Jahrelang wurden
217 unsere Kommunen kaputtgespart, müssen sich mit Altschulden rumschlagen und
218 können nur das Notwendigste finanzieren. Wenn aber Brücken kurz vorm
219 Zusammenbruch stehen, Schulwände schimmeln und der Rückbau von städtischen
220 Buslinien vollzogen wird, dann fühlen sich Menschen zurückgelassen. Finanzstarke
221 Kommunen stärken gesellschaftliche Teilhabe, die Demokratie und unseren Weg
222 Richtung gutes Leben für alle! Darum setzen wir uns auf allen Ebenen für die
223 auskömmliche Finanzierung unserer Kommunen ein und fordern die bayerische
224 Staatsregierung auf, beim Abbau von Altschulden sowie das Schließen von
225 Finanzierungslücken einen Beitrag für die Zukunft unserer Kommunen zu leisten!

226

227 Statt Ausbeutung von Arbeitskräften und natürlichen Ressourcen bei globalen
228 Großkonzernen schafft regionale Wertschöpfung häufiger Arbeitsplätze mit
229 besseren Arbeitsbedingungen vor Ort, sorgt für faireren Handel und ist
230 nachhaltiger als der Einkauf bei Internetgiganten! Wir unterstützen unsere
231 Wirtschaft auf dem Weg zur Klimaneutralität und fördern eine lokale
232 Kreislaufwirtschaft durch Konzepte wie Repair Cafés, nachhaltige Firmenstandorte
233 und die nachhaltige Auftragsvergabe durch Kommunen. Häufig liegen Produkte die
234 meiste Zeit ungenutzt in Privathaushalten, weshalb wir eine Sharing-Economy
235 aufbauen, die durch das Tauschen, Teilen, Leihen sowie Mieten das
236 gemeinschaftliche Nutzen von Gütern fördert und diese damit günstiger,
237 nachhaltiger und effizienter macht. Der kleine Hofladen um die Ecke, der
238 Supermarkt im Stadtteil und das Einkaufszentrum in der Innenstadt - wir wollen
239 den Weg zu notwendigen Lebensmittel und Gütern für alle Menschen kurz halten,
240 Einkaufsregionen beleben und damit unsere lokalen Strukturen stärken!

241

242

243 Kultur für ALLE, nicht nur für dicke Geldbeutel!

244

245 Öffentlichen Raum muss mensch sich leisten können. Denn der Besuch im Café, Kino
246 oder Museum kostet Geld - Geld, das vor allem vielen jungen Menschen nicht zur
247 Verfügung steht. Bei Inflation, Mietpreiserhöhungen und fehlender staatlicher
248 Unterstützung ist der Drink am Abend mit Freund*innen in der Bar nicht mehr
249 drin. Das ist ungerecht und demokratiegefährdend! Deshalb fordern wir mehr

250 konsumfreie Räume, in denen Menschen sich treffen, kreativ werden und
251 austauschen können – ohne Zwang, etwas kaufen oder eine Mitgliedschaft
252 abschließen zu müssen. Viele kulturelle Orte, alternative Räume und Bars
253 verschwinden durch steigende Mieten und Profitgier. Kunst und Kultur, ein Ort
254 zum Weggehen mit Freund*innen müssen für alle zugänglich sein unabhängig vom
255 Einkommen. Wir kämpfen für den Erhalt und die Förderung von nicht kommerziellen
256 Kulturprojekten, die unsere Städte und Gemeinden bereichern. Darum erhalten wir
257 Jugendtreffs sowie Jugendhäuser und schaffen neue Räume für junge Menschen
258 beispielsweise durch legale Graffitiflächen oder öffentliche Sportplätze auch
259 ohne Vereinsmitgliedschaft. Wir wollen innovative Konzepte fördern, die auch
260 neuen Zielgruppen ein vielfältiges Angebot machen, von Clubbing im Museumsfoyer
261 bis zu historischen Ausstellungen mit Virtual-Reality- Brillen. Vor allem wollen
262 wir die Nachtkultur fördern, dem Klubsterben entgegentreten und damit jungen
263 Menschen auch auf dem Land kulturelle Highlights ermöglichen! Wir setzen uns für
264 kostenlose Veranstaltungsorte, offene Kreativräume sowie geförderte
265 Kulturangebote ein. Denn diese Räume sind Begegnungsräume zwischen Generationen,
266 sozialen Schichten und den Menschen in unseren Kommunen, die unsere Demokratie
267 stärken und den Austausch zwischen allen Bürger*innen ermöglichen!

268

269

270 Teilhabe für alle statt einige Wenige!

271

272 Ob Rollstuhlrampen, Leitsysteme oder leicht verständliche Sprache – unsere
273 Kommunen müssen für alle zugänglich sein! Wir setzen uns für eine konsequente
274 Umsetzung von Inklusionsmaßnahmen ein, damit alle Menschen am öffentlichen Leben
275 teilhaben können. Dabei müssen unsere Kommunen als Vorbild vorangehen, indem
276 öffentliche Gebäude barrierefrei gestaltet werden, Menschen mit Behinderung für
277 die Arbeit in der Verwaltungen gewonnen werden und auch die Entscheidungen im
278 Kommunalparlament leicht zugänglich und verständlich für alle sind. Wir schätzen
279 das Engagement von Ehrenamtlichen durch einen Ehrenamtszuschuss für aktive
280 Jugendliche, verbessern die Rahmenbedingungen durch attraktive Nutzung von
281 Örtlichkeiten für Vereine sowie Verbände und schaffen in jeder Kommune eine*n
282 Ehrenamtsbeauftragte*n. Wer sich für andere einsetzt, soll auch Rückhalt aus der
283 Politik bekommen - ohne Hürden oder endlose Formulare! Die Integration von
284 geflüchteten Menschen gelingt am besten direkt vor Ort, wenn sie auskömmlich
285 finanziert ist und genügend Ressourcen für diese notwendige Arbeit hat.
286 Dezentrale Unterbringung ist dabei ein Erfolgskonzept, da so die Teilhabe am
287 gesellschaftlichen Leben am einfachsten gelingen kann. Die Hindernisse, die die
288 aktuelle bayerische Staatsregierung dabei immer wieder schafft und diese Art der
289 Integration erschwert, wollen wir schnellstmöglich auf alle Ebenen aufheben,
290 damit Integration erfolgreich gelingen kann!

291

292

293 Kein Fußbreit dem Faschismus!

294

295 Während Rechtsradikale und Rechtsextreme versuchen die Stimmung mit ihrer Hetze
296 zu vergiften, lassen wir nicht zu, dass Kommunalparlamente zu Plattformen für
297 Hass werden, dass rechte Netzwerke die Gesellschaft spalten oder dass sich
298 faschistische Strukturen ungestört ausbreiten. Wir halten laut, solidarisch und
299 mit linken Lösungsstrategien in den Kommunen dagegen! Denn Faschismus beginnt
300 nicht erst mit dem Erstarken der AfD auf Bundesebene und dem Verbreiten

301 menschenfeindlicher Narrative in Talkshows – er wurzelt direkt in den Kommunen
302 auf Schulhöfen, in Bars oder im Gemeinderat.

303

304 Das bedeutet für uns: klare Kante gegen Hass und Hetze und eine Kultur der
305 Solidarität statt der Spaltung. Jede Kommune benötigt
306 Antidiskriminierungskonzepte und -beauftragte mit ausreichend Befugnissen,
307 Ressourcen und politischem Rückhalt, die niedrigschwellig in jeder Situation
308 Hilfe anbieten. So wird Diskriminierung egal ob auf dem Schulhof, am
309 Arbeitsplatz oder im Ehrenamt direkt im Keim erstickt. Wir setzen uns für die
310 Förderung von Demokratieprojekten ein, die politische Bildung stärken und
311 Zivilcourage fördern. Dabei sind wir uns bewusst, dass auch Verwaltungen
312 strukturell diskriminieren und marginalisierte Gruppen benachteiligen. Auch dort
313 wollen wir mit Workshops, Schulungen und Sanktionierung bei bewusster
314 Diskriminierung einen Beitrag für eine Verwaltung leisten, die allen Menschen
315 Hilfe auf Augenhöhe bietet!

316

317 Queeres Leben gehört zu Bayern, darum müssen wir es auch sichtbar machen! Wir
318 fördern Beratungsangebote besonders für junge queere Menschen,
319 Regenbogenfamilien und Vereine sowie Initiativen. Angebote machen wir leichter
320 auffindbar, setzen auf gleichberechtigte Sprache und schaffen Stellen für
321 Gleichstellungs- sowie Queerbeauftragte, die einen aktiven Austausch fördern,
322 Bildungsarbeit ausbauen und Diskriminierung jeder Art erfassen und
323 entgegentreten. Antisemitismus darf in keiner Form geduldet werden. Wir
324 bekämpfen Antisemitismus auf allen Ebenen und stellen uns schützend vor
325 jüdisches Leben. Wo Faschist*innen marschieren, werden wir laut. Wo Menschen
326 ausgegrenzt werden, stehen wir an ihrer Seite! Wir wollen Orte schaffen, an
327 denen alle sicher, sichtbar und selbstbestimmt ohne Diskriminierung leben
328 können!

329

330

331 Packen wir's direkt vor Ort an - links, jung und gerecht!

332

333 2026 wird nicht irgendetwas gewählt - es geht um unsere Orte, unsere Zukunft und
334 unser Leben direkt vor der Haustür! Als GRÜNE JUGEND Bayern sehen wir die
335 Kommunalwahlen 2026 als Chance, um Antworten auf die Probleme vor Ort zu geben.
336 Denn der neue Radweg in der Gemeinde, die Sanierung von Schultoiletten und der
337 Erhalt des Jugendzentrums vor der Haustür sind unverzichtbar auf dem Weg zum
338 besseren Leben für alle! Unsere Kreisverbände sind starke Akteur*innen vor Ort,
339 die zwischen kommunalen Parlament und der Zivilgesellschaft agieren und dabei
340 für eine links-grüne Politik kämpfen. Gemeinsam wollen wir den Gemeinderat,
341 Kreistag und Stadtrat in unseren Kommunen jünger, grüner und vielfältiger
342 machen. Dafür treten wir 2026 überall in Bayern an!

Begründung

erfolgt mündlich